



NIEDERSCHRIFT

über die 37. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau

in der Pfalz

am Dienstag, 30.04.2013,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 21:10



Anwesenheitsliste

CDU

Heidi Berger

Vertretung für Herrn Rudi Eichhorn, ab TOP 5 öffentlich nicht mehr anwesend

Franco Casella

Vertretung für Herrn Michael Scheid

SPD

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

CDU

Peter Heuberger

Wolfgang Kern

Vertretung für Herrn Wilhelm Prokop

SPD

Dr. Hannes Kopf

Ab TOP 5 öffentlich abwesend

CDU

Peter Lerch

Sarinuto Sandro Zandonella

ab TOP 1 NÖ abwesend

SPD

Günter Scharhag

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

FWG

Dr. Peter Leydecker

FDP

Otto Pfaffmann



UBFL

Bertram Marquardt

Vertretung für Frau Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Michael Götz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Franz-Josef Rutz

Roland Schneider

Schriftführer/in

Marlen Müller

Leben in Landau

Aydin Tas

Entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn

Entschuldigt

Wilhelm Prokop

Entschuldigt

SPD

Michael Scheid

Entschuldigt

UBFL



Dr. Gertraud Migl

Entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Zu Beginn der Sitzung informierte der Vorsitzende über den Antrag von Ratsmitglied Herrn Lerch, den Tagesordnungspunkt 1 der nichtöffentlichen Sitzung „Siedlungs- und Flächenentwicklung in Landau in der Pfalz: Baulandstrategie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile“ in die öffentliche Sitzung zu verschieben. Der Vorsitzende teilte mit, dass er eine inhaltliche Vorberatung in nicht öffentlicher Sitzung sinnvoll erachtet hätte, aber formell nichts gegen eine Verschiebung in die öffentliche Sitzung spricht. Der Vorsitzende schloss sich demnach dem Vorschlag von Ratsmitglied Herrn Lerch an.

Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten dem Antrag von Ratsmitglied Herrn Lerch zu.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Statistikbericht Bauen und Wohnen in Landau
3. Statistische Informationen der Bauordnungsabteilung
Vorlage: 630/129/2013
4. Bau eines Mitfahrerparkplatzes durch den LBM Speyer
Vorlage: 660/060/2013
5. Siedlungs- und Flächenentwicklung in Landau in der Pfalz: Baulandstrategie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile
Vorlage: 610/220/2013
6. Ergebnisse des Arbeitskreises Verkehr
Vorlage: 660/062/2013
7. 3. Fortschreibung des Bauprogrammes 2010 - 2013
Vorlage: 660/059/2013
8. 10. Ergänzung des Bauprogramms 2010 - 2013
Vorlage: 660/061/2013
9. Erschließung des Bürgergrabens
Vorlage: 820/100/2013
10. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen der anwesenden Einwohner gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Statistikbericht Bauen und Wohnen in Landau

Der Vorsitzende führte zunächst in das Thema ein. Er teilte mit, dass die folgenden Daten, welche Herr Rutz von der Abteilung Vermessung und Geoinformation gleich vorstellen wird, bestätigen, dass die Stadt Landau eine der erfolgreichsten Städte in Rheinland-Pfalz sei, mit einer städtebaulichen Entwicklung die ihresgleichen sucht. Jedoch zeigen die Daten auch, welche Herausforderungen noch auf die Stadt zukommen, wenn man den demografischen Wandel betrachtet. Der Vorsitzende informierte, dass die Bausummen in Landau im Jahre 2012 fast um das Doppelte im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind und man die doppelten Gebühreneinnahmen habe wie die Städte Pirmasens und Zweibrücken zusammen oder die Stadt Worms. Solche positiven Zahlen sollten weiter Ansporn sein, das Bauen in Landau weiter heranzutreiben und die gute politische Kultur fortzusetzen.

Herr Rutz erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation detailliert die Auswertungen zum Thema Bauen und Wohnen in Landau. Inhalt der Präsentation war die Entwicklung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes in Landau, der Wohngebäude- und Wohnungsbestand im Vergleich mit anderen kreisfreien Städten, die zeitliche Entwicklung der Baugenehmigungen, Übersicht der Baugenehmigungen im Jahr 2012, die aktuelle Wohnsituation in Landau, Zu- und Wegzüge in neuere Wohnbaugebiete und Baulandpreise in Landau.

Der Vorsitzende sprach einen Dank an Herrn Rutz und sein Team aus und betonte wie wichtig es ist, diese Abteilung beim Stadtbauamt zu haben.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Herr Eisold, wie lange man vom Bauantrag bis zur Baugenehmigung benötige, teilte Herr Rutz mit, dass man dies nicht ausgewertet habe. Der Vorsitzende informierte jedoch, dass man immer wieder positive Rückmeldung erhält, gerade im gewerblichen Bereich, wie schnell Baugenehmigungen erteilt werden.

Ratsmitglied Herr Heuberger fragte, ob man mit dieser Statistik neue Erkenntnisse erlangt hat, was die Ausweisung von Neubaugebiete angeht.

Der Vorsitzende sagte, dass die aktuelle Sicht der Stadt, weniger Neubaugebiete auszuweisen, aufgrund der genannten Zahlen und der Entwicklung eher bestätigt wurden. Ziel ist ja gerade in den Stadtdörfern auch die Dorfkerne zu erhalten und die Innenentwicklung zu forcieren bevor man in den Außenbereich geht.

Ratsmitglied Herr Pfaffmann fügte ergänzend hinzu, dass die meisten Baugenehmigungen für Baumaßnahmen am Bestand ausgestellt wurden, was zeigt, dass die Innenentwicklung sowohl in der Stadt als auch in den Ortsteilen Früchte trägt.

Herr Kamplade bestätigte diese Aussagen und verdeutlichte, dass die Statistik genau das bestätigt, was seit längerer Zeit prognostiziert wird. Der Schwerpunkt der Bautätigkeiten liegt in der Sanierung und im Erhalt des Bestands.

Ratsmitglied Herr Dr. Kopf lobte die vorbildlichen Daten und die Arbeit von Herrn Rutz und seinem Team. Diese Statistik bestätigt, dass man ausdifferenziert vorgehen muss, indem man Vorrangig die Entwicklung in den Innenbereich lenkt, dabei jedoch den Außenbereich nicht ganz ausschließt. Er verwies auf das neu verabschiedete BauGB, in welchem mittlerweile klar vorgeschrieben ist, dass Innenentwicklung vor der Außenentwicklung berücksichtigt werden muss. Seines Erachtens stimmt die Behauptung, dass Landau viele Familien verloren habe, nicht. Vom Bevölkerungsmix sind die Städte Landau und Speyer am jüngsten. Wichtige Anker für Familien sind auch das Kindertagesstätten- und Schulangebot.



Der Vorsitzende bekräftigte diese Aussagen. Wichtig sei auch, für die Landauer Studenten Perspektiven zu entwickeln, um sie auch nach Abschluss des Studiums in Landau halten zu können.

Ratsmitglied Frau Brunner hält es dringend für notwendig, mehr bezahlbare und barrierefreie Wohnungen zur Verfügung zu stellen, da die älteren Generationen in Zukunft über weniger Geld verfügen werden.

Der Vorsitzende stimmte dem zu und informierte, dass man zur Zeit auch im Mietwohnungsbau Informationen einholt und die Auswertung dieser Daten dann in der Bauausschusssitzung nach den Sommerferien vorstellen möchte.

Ratsmitglied Herr Kern ist der Meinung, dass auch junge Menschen immer früher von zu Hause ausziehen und auch hier dringend Bedarf an Mietwohnraum besteht.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Statistische Informationen der Bauordnungsabteilung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Bauordnungsabteilung vom 27.03.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Demmerle machte darauf aufmerksam, dass die Ortsgemeinde Wollmesheim vor ca. 4 Monaten einen Bauantrag zur Überdachung der Grillhütte gestellt habe und bis heute keine Genehmigung vorliegt. Hier bestätigt sich die Mehrbelastung der betroffenen Mitarbeiter aufgrund der verdoppelten Bausummen.

Herr Kamplade versicherte, dass man stets bemüht ist, alle Anträge so schnell wie möglich zu bearbeiten, durch den erhöhten Arbeitsumfang kam es jedoch leider zu Bearbeitungsrückständen bei kleinen Bauvorhaben oder Vorhaben mit niedriger Priorität.

Daraufhin teilte der Vorsitzende mit, dass man aufgrund der momentanen Situation bei der Bauordnungsabteilung befristet –zunächst bis 31.12.2014- eine Stelle aufstocken werde.

Ratsmitglied Herr Eisold bedankte sich, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion für die erfolgreich geleistete Arbeit und befürwortete die Stellenaufstockung bei der Bauordnungsabteilung.

Ratsmitglied Herr Marquardt wollte wissen, ob auch noch Bauabnahmen erfolgen.

Herr Burkhart von der Bauordnungsabteilung teilte mit, dass dies aufgrund der geschilderten Situation momentan zeitlich nicht mehr zu bewältigen ist. Da es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe der Bauaufsichtsbehörde handelt, erfolgen nur noch in speziellen Einzelfällen Bauabnahmen.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Bau eines Mitfahrerparkplatzes durch den LBM Speyer

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Straßen vom 21.03.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Herr Eisold fragte, was mit den bestehenden Mitfahrerparkplätzen geschieht.

Herr Bernhard antwortete, dass diese bestehen bleiben.

Herr Lerch wollte wissen, ob tatsächlich der Bedarf eines zusätzlichen Mitfahrerparkplatzes besteht.

Herr Bernhard sagte, dass der Bedarf an dieser Stelle eindeutig ermittelt wurde.

Ratsmitglied Herr Scharhag machte deutlich, dass man froh sein soll, dass dieser Parkplatz entsteht und die Stadt nichts kostet.

Der Bauausschuss beschloss einstimmig nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Dem Bau des Mitfahrerparkplatzes im Bereich der Anschlussstelle Landau-Zentrum/Ost wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Siedlungs- und Flächenentwicklung in Landau in der Pfalz: Baulandstrategie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 13.03.2013, auf welche verwiesen wird. Klar sei mit diesem Konzept, dass man Baulücken schließen möchte, es sollen Arrondierungsflächen baulich entwickelt werden, aber die Stadt möchte bei der Baulandentwicklung, als Eigentümer auch „den Finger darauf haben“, um zu gewährleisten, dass dort, wo Bauflächen geschaffen werden, diese auch in kürzerer Zeit entwickelt werden. Und mit einer teilweisen Abschöpfung der planungsbedingten Bodenwertsteigerung strebt man an, Maßnahmen der Innenentwicklung zu initiieren zum Beispiel Bauwillige im Innern der Stadtdörfer zu unterstützen. Er ist froh und dankbar, dass bis auf Arzheim, alle Stadtdörfer diesem Konzept zugestimmt haben und bedankte sich bei den entsprechenden Berichterstattern für die geleistete, überzeugende Arbeit.

Herr Kamplade erläuterte detailliert anhand der Power-Point-Präsentation, die Baulandstrategie zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung. Er erklärte zunächst einige Begriffe und wiederholte den Anlass, die Problemlage und die Zielsetzung zu diesem Projekt. Die wesentlichen Erkenntnisse von vor einem Jahr waren, dass die Kernstadt in Landau zwar wächst, die Einwohnerzahl der Stadtdörfer jedoch um bis zu 10 % gesunken ist. Danach musste man sich Instrumente überlegen, wie man dem entgegenwirken kann um gesunde Ortsstrukturen zu sichern. Nach den ersten Untersuchungen kam man zu dem Zwischenergebnis, dass, wenn Stadtteile von der Baulandentwicklung profitieren sollen, die Baulandpotenziale, die zusätzlich zur Konversion in der Kernstadt vorhanden sind, zurückgestellt werden müssen und behutsam Arrondierungs- und Außenentwicklungspotenziale in den Stadtteilen zu entwickeln sind. Grundvoraussetzung sollte jedoch aus Sicht der Verwaltung die Entwicklungs- und Verkaufsbereitschaft aller Eigentümer an die Stadt sein. Zu dem müssen diese akzeptieren, dass 25 % des zu erwartenden Nettobaulandverkaufspreises zweckgebunden zur Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen abgeschöpft werden. Ein wichtiger Punkt ist auch, dass die „Alteigentümer“ ein Vorkaufsrecht für die neuen Baurgrundstücke erhalten. Herr Kamplade erläuterte weiter den üblichen Verlauf einer Baulandentwicklung, ergänzt um das Ankaufsmodell durch die Stadt, nannte die Vor- und Nachteile und zeigte anhand von zwei Berechnungsbeispielen (Außenentwicklung- und Arrondierungspotenzial) wie sich dies finanziell auswirken kann. Wichtig ist, dass dieses Modell keine Ausnahmen haben darf. Sobald man eine Abweichung hat bzw. Ausnahmen macht, kann das ganze Modell nicht funktionieren. Deswegen ist die Kommunikation und die Überzeugungsarbeit in den Stadtteilen jetzt sehr wichtig. Er prognostizierte eine Entwicklung von 10 – 15 Jahren, danach werden die demografischen Veränderungen auch die Stadt Landau einholen und dann wird man nicht mehr über Neubaugebiete, sondern über ganz andere Probleme sprechen. Danach informierte er noch über die Anregungen der Ortsbeiräte und die ergänzenden Hinweise des Stadtbauamtes.

Der Vorsitzende macht im Anschluss deutlich, dass man als Stadt ein Interesse daran hat, jenen Menschen Grundstücke zukommen zu lassen die Interesse haben zu bauen. Je größer die Gemeinschaft ist in den Gremien und Ortsbeiräten, desto klarer ist die Botschaft nach außen. Vorab müsse jedoch noch das Thema Haushaltsrecht geklärt werden. Hierfür übergab er das Wort an Herrn Messemer.

Herr Messemer erläuterte, dass das Baulandmodell zwei wichtige Komponenten habe, die aus finanzieller Sicht sehr wesentlich sind. Dies wäre zunächst, dass die Stadt Landau finanziell erheblich in Vorleistung gehen müsse, in dem sie die Grundstücke ankaufte und die Erschließung vornimmt. Demnach habe man bei der ADD vor dem Hintergrund der Kreditmaximalhöhe angefragt, ob man ein solches Modell angehen kann, wenn die Stadt sich gleichzeitig verpflichtet beim Verkauf der Grundstücke den Kredit auch zweckgebunden wieder zurückzuzahlen. Diese Genehmigung wurde von der ADD in Aussicht gestellt. Der zweite Punkt ist die zweckgebundene Abschöpfung. Grundsätzlich gilt im Haushaltsrecht der Grundsatz der Gesamtdeckung, das heißt, alle Einnahmen dienen zur Deckung aller Ausgaben. Dieser Grundsatz kennt zwei Ausnahmen. Zum einen die Zweckbindung,



die jedoch nur dann zulässig ist, wenn es eine rechtliche Verpflichtung gibt, was bei einem Baulandmodell jedoch nicht der Fall ist. Oder man bringt einen Haushaltsvermerk an. Voraussetzung hierfür ist ein sachlicher Zusammenhang, den die Zweckbindung erfordert. Auch dies ist nicht gegeben. Der Antrag für eine Ausnahmeregelung wurde von der ADD abgelehnt. Die generierten Finanzmittel der Wertschöpfung können jedoch im Zuge der jeweiligen Haushaltsberatungen unter Berücksichtigung der städtischen Gesamtprioritäten durch den Stadtrat angemessen für die Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen in den Stadtteilen vorgesehen werden. Grundlage für den Einsatz dieser Finanzmittel wäre eine Prioritätenliste für Innenentwicklungsmaßnahmen der Stadtteile welche man erarbeiten müsste und separat in die Gremien bringe. Der Beschlussvorschlag müsste entsprechend umformuliert werden. Er zeigte einen Formulierungsvorschlag über den Beamer und teilte mit, wenn der Stadtrat und die Ortsteile dem so zustimmen würden, könne das Baulandmodell so weiter verfolgt werden.

Ratsmitglied Herr Dr. Kopf teilte mit, dass die SPD-Stadtratsfraktion mit der alten oder der neuen Formulierung einverstanden sei und auch zustimmen werde. Es ist richtig dass man die Priorität auf Innenentwicklung vor der Außenentwicklung gesetzt hat und nur im angemessenen Maß nach außen geht. Auch die Wertabschöpfung mit 25% ist gerechtfertigt. Er wies darauf hin, dass kleinere Ortsteile, wie zum Beispiel Arzheim, nicht vergessen werden dürfen. In den Haushaltsberatungen muss klar sein, dass jeder davon profitiert und die Gewinne auch gleichmäßig verteilt werden. Um sicherzustellen, dass fortlaufend über mehrere Jahre in Dorferwicklungsmaßnahmen investiert wird, fragte er Herrn Messemer, ob man im Haushaltsplan, zumindest für fortlaufende Jahre, einen Merkposten eintragen kann.

Herr Messemer bestätigte dies. Man könnte auch zu den jeweiligen Haushaltsberatungen eine Gesamtübersicht über dieses Modell beifügen. Ähnlich wie bei der Controllingdatei im D9-Gebiet.

Der Vorsitzende fügte hinzu, dass man klare Transparenz schaffen möchte.

Ratsmitglied Herr Lerch bat für die Ratsmitglieder um die Präsentation von Herrn Kamplade, damit man dies auch im Nachhinein gut nachvollziehen kann. Herr Pfaffmann ergänzte diesen Wunsch mit der Bitte, genau den Vortrag zu erhalten, den man in den einzelnen Ortsbeiräten vorgetragen hatte.

Der Vorsitzende sicherte dies zu.

Ratsmitglied Herr Lerch merkte an, das es sinnvoll gewesen wäre, dieses Thema erst im Bauausschuss und dann in den Ortsbeiräten zu besprechen. Ihm wurde gesagt, dass dieses Modell in den Ortsbeiratssitzungen als Alternativlos dargestellt wurde. Man fragt sich in der CDU-Stadtratsfraktion, ob dieses Modell so umzusetzen ist. Gerade die Abschöpfung von 25 % könnte bei manchen Eigentümern zu Problemen führen.

Der Vorsitzende verteidigte die Situation damit, dass man vorab zunächst einmal das Interesse in den Ortsteilen erfragen musste, ob dort überhaupt Bereitschaft besteht, in solch eine Richtung zu denken. Zuerst habe man in einer Ortsvorsteherbesprechung informiert und nachdem dort keine Widersprüche erhoben wurden ging man in die einzelnen Ortsteile. Er teilte mit, dass man dies heute nicht beschließen muss, sondern zunächst erst Arbeitsaufträge annehmen kann, um dies nochmals in den einzelnen Fraktionen zu diskutieren. Dieses Projekt wird nur funktionieren wenn sich eine große Mehrheit im Rat einig ist.

Ratsmitglied Frau Brunner sieht dieses Modell als eine sinnvolle Herangehensweise und findet eine Abschöpfung von 25% gerechtfertigt, damit wieder Geld in die Innenentwicklung oder in Stadtdorfstärkende Projekte fließen kann.

Ratsmitglied Herr Leydecker teilte mit, dass die Mörzheimer die Abschöpfung auf 20 % reduzieren möchten. Die Wertabschöpfung sollte auch in der Innenstadt erfolgen, dies könnte als Argument vielleicht helfen, denn erst dann würden alle gleich behandelt werden.



Ratsmitglied Herr Pfaffmann empfand es als positiv, dass man über die Entwicklung der Ortsteile spricht. Er ist jedoch der Meinung, dass eine zwingende Verkaufsbereitschaft nicht funktioniert. Sollte dieses Modell zum tragen kommen, dann sollte zumindest auch das Geld, was aus einem Ortsteil kommt, wieder in den Ortsteil zurück.

Ratsmitglied Herr Marquardt äußerte sich zunächst positiv zu der Idee eines Baulandmodells. Allerdings sehe er sowohl in der Vermarktung als auch in der Verkaufsbereitschaft der Eigentümer Probleme. Dies sei auch der Knackpunkt. Den Vorwegabzug von 20-30 % für Infrastruktur sollte man seines Erachtens auch sein lassen. Ebenfalls glaubt er nicht, dass anhand der Kostengröße das Vorkaufsrecht entsprechend genutzt wird. Alles in allem sehe er dem Modell jedoch positiv entgegen. Er werde sich bei der Abstimmung heute jedoch enthalten, da noch Besprechungsbedarf in seiner Fraktion besteht.

Ratsmitglied Herr Kern sieht die „zwingende“ Verkaufsbereitschaft ebenfalls als eine große Hürde an, deshalb fragte er, ob man in den Ortsteilen, in dem die Eigentümer nicht mit ziehen, über ein normales Umlegungsverfahren Baumöglichkeiten schaffen kann.

Der Vorsitzende signalisierte, dass das Modell dann von vorneherein zum Scheitern verurteilt sei.

Ratsmitglied Herr Heuberger ist sich sicher, dass dieses Konzept der Stadt sicher helfen würde. Er fragte, ob man das Gebäudemanagement als Entwicklungsträger nicht damit beauftragen könnte, um die Erlöse zweckgebunden im Haushalt unterzubringen.

Herr Messemer antwortete, dass dies kein Vorteil ergeben würde, da das Gebäudemanagement mit dem Haushalt der Stadt verbunden ist.

Herr Kamplade erläuterte, dass es bei dem Modell nie eine Garantie für eine gelungene Umsetzung geben wird. Jedoch sprechen die Zahlen für sich. Man spricht von 110 ha denkbaren Flächen in Landau und man redet hier über 10 ha Potenzial. Es sollte doch machbar sein, für diesen Bruchteil von Flächen überzeugen zu können. Auf die Aussage von Herrn Lerch, es wurden keine Alternativen in den Ortsbeiratssitzungen angeboten, erwidert er, dass man in der Dezembersitzung 2012 verschiedene Alternativen mit entsprechenden Empfehlungen gezeigt und die Fraktionen darum gebeten hatte, Rückmeldung zu geben. Ansonsten hatte man den Arbeitsauftrag, sich auf dieser Grundlage weiterhin Gedanken zu machen und ein Modell auszuarbeiten, was letztendlich dann auch so geschehen ist. Wichtig ist beim Thema Selbstbindung, dass es einen Zusammenhang zwischen der Wertabschöpfung und der Innenentwicklung gibt. Dies ist ein wichtiger Begründungsbaustein in dem gesamten Konzept. Zudem ist ein Handlungsprogramm für die Innenentwicklung der Dörfer für die kommenden Jahre aufzustellen und in Form einer Selbstbindung des Rates bei den Haushaltsberatungen Jahr für Jahr, auf der Grundlage der Gesamtsituation der Stadt, zu berücksichtigen. Eine Wertabschöpfung in der Innenstadt, wie Herr Leydecker es vorgeschlagen hat, würde nur bei Arrondierungs- oder Außenentwicklungen in der Innenstadt möglich sein. Da aber nur Innenentwicklungspotenziale und Stadteigene Flächen (Konversion) in der Kernstadt entwickelt werden kann nichts abgeschöpft werden. Zumal dies bei der Innenentwicklung in den Stadtteilen auch nicht der Fall ist.

Ratsmitglied Herr Dr. Kopf stellte nochmals klar, dass die SPD-Stadtratsfraktion bei großen Neubaugebieten wo stets die Unsicherheit besteht, ob die Grundstücke überhaupt je vermarktet werden, nicht mehr zustimmen wird.

Ratsmitglied Herr Lerch wollte wissen, wie man bzw. wer an die potenziellen Verkäufer herantreten möchte, um Überzeugungsarbeit zu leisten.



Herr Kamplade informierte, dass in einigen Ortsteilen bereits darüber gesprochen wurde und dort Einigkeit zwischen Ortsvorstehern und Ortsbeiräten bestand, dass die besten Erfolgsaussichten bestehen, wenn der Ortsvorsteher selbst oder der/ein Ortsbeirat tätig wird. Die Verwaltung wird Unterstützungsarbeit leisten.

Herr Pfaffmann schlug vor, im Vorfeld bereits schon mit den Betroffenen zu sprechen.

Der Vorsitzende stellte zum Schluss dieses Tagesordnungspunktes fest, dass noch erheblicher Beratungs- und Diskussionsbedarf bei den Ratsmitgliedern besteht und bot deshalb an, dass Mitarbeiter des Stadtbauamtes und der Finanzverwaltung nochmals in den Fraktionssitzungen Rede und Antwort stehen. Dies wurde von den Bauausschussmitgliedern so angenommen und es wurde vereinbart, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht in der kommenden Sitzung des Hauptausschusses, sondern erst in der Bauausschusssitzung am 04.06. wieder beraten wird.

Herr Kamplade ergänzte, dass man die Sitzungsvorlage bis zu diesem Zeitpunkt entsprechend den neuen Erkenntnissen aufgrund des inzwischen vorliegenden Schreibens der ADD ändern wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Ergebnisse des Arbeitskreises Verkehr

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Straßen vom 22.04.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er informierte zunächst über Punkt 1 des Beschlussvorschlages. Bereits im Werkstattverfahren zur Neugestaltung der Ostbahnstraße wurde der Busverkehr thematisiert und ausdrücklich die Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen und der Geschäfte gewünscht und festgelegt. Als allerdings einige Anwohner des Anwesens Schlachthofstraße 13, mit dem Hinweis, dass nun täglich ca. 250 Busse an der Haltestelle „Stadtbibliothek“ halten, auf ihn zugekommen sind war nachvollziehbar, dass die Haltestelle entlastet werden sollte. Er habe daraufhin die Verwaltung beauftragt, hier Lösungsmöglichkeiten zu suchen, um die Ostbahnstraße vom Busverkehr zu entlasten. Dies jedoch unter der Voraussetzung, dass dadurch andere Straßen und Anwohner nicht wesentlich mehr belastet werden.

Herr Bernhard erläuterte ergänzend, dass man zunächst den Linienweg aller Buslinien, die durch die Ostbahnstraße fahren nochmals überprüft habe. Man ist letztendlich zu dem Ergebnis gekommen, dass die Linien 530 und 535 von der Ostbahnstraße in die Industriestraße ohne Qualitätseinbußen verlegt werden. Weitere Linienverlegungen seien schwierig, da diese aus den Umlandgemeinden kommen und nicht an diesem zentralen Haltepunkt vorbeigeführt werden sollten.

Eine zusätzlich bereits umgesetzte Maßnahme ist die Änderung des Fahrweges aller Linienbusse vom Hauptbahnhof kommend. Diese biegen nun nicht mehr rechts in die Schlachthofstraße, sondern, seit Anfang April, rechts in den Ostring ein. Eine Verbesserung in die andere Fahrtrichtung ist erst mit der Umgestaltung des Knotenpunktes Ostring/Ostbahnstraße möglich, da durch die Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Ostring/Martin-Luther-Straße momentan noch ein nicht vertretbarer Zeitverlust für die Busse entstehen würde.

Der Vorsitzende teilte mit, dass von den Bewohnern angeregt wurde, eine Art Stadtbusverkehr einzuführen, so dass die großen Busse nur noch an den Stadtrand fahren und dann mit kleineren Bussen die Stadtringe abgefahren werden. Dies wurde in der Vergangenheit jedoch schon geprüft und ist nicht finanzierbar.

Herr Scharhag stellte klar, dass sich der VRN und das Stadtbauamt bei den jetzigen Untersuchungen wirklich Mühe gemacht haben und man mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein könne. Man habe nun 66 Fahrten weniger allein in der Ostbahnstraße. Durch die Verlegung des Fahrweges aus der Schlachthofstraße in den Ostring ergibt sich hier eine nochmalige Reduzierung von 50 %.

Ratsmitglied Frau Brunner merkte an, dass man sich die Entscheidung bei der Fraktionssitzung zu diesem Thema nicht einfach gemacht hat, da man immer wieder an die Personen denkt, die in ihrer Mobilität eingeschränkt und auf den ÖPNV angewiesen sind. Sie hält es für nicht richtig, dass man zum Nachteil der ÖPNV-Nutzer auf die Forderungen der Bewohner des Anwesens Schlachthofstraße 13 eingeht. Dennoch signalisierte sie Zustimmung.

Herr Bernhard erklärte, dass genau dies ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Prüfung war. Man wollte eine Lösung finden, ohne einen Qualitäts- und Komfortverlust für die ÖPNV-Nutzer zu verzeichnen. Das jetzige Ergebnis könne man ohne Qualitätseinbußen umsetzen

Ratsmitglied Herr Heuberger stellte klar, dass man die dortigen Anwohner teilweise auch verstehen sollte. Als sie ihre Immobilien erwarben, waren die Haltestelle und der Busverkehr auf Grund der Bauarbeiten in der Ostbahnstraße zeitweise in die Industriestraße verlegt worden.

Die Mitglieder des Bauausschusses beschlossen mehrheitlich, bei einer Gegenstimme, nachgenannten Beschlussvorschlag Nr. 1:



Beschlussvorschlag:

Den folgenden Empfehlungen des Arbeitskreises Verkehr wird zugestimmt:

- 1. Der Verlegung der Linie 530 von der Ostbahnstraße in die Industriestraße wird zugestimmt.**

Der Verlegung der Linie 535 von der Ostbahnstraße in die Industriestraße wird zugestimmt.

Der Änderung des Linienweges vom Hauptbahnhof kommend wird zugestimmt

Im Anschluss erläuterte der Vorsitzende Beschlussvorschlag Nr. 2 der o. g. Sitzungsvorlage, welchem einstimmig zugestimmt wurde.

- 2. Der Aufhebung der Bewirtschaftung der Parkplätze an der Rundsporthalle wird zunächst auf Probe ab dem Ende der Freibadsaison zum 01. September 2013 und mit Ausnahme des markierten Bereiches östlich der Schwimmbadzufahrt zugestimmt. Der Parkplatzbedarf für das Freibad wird in dieser und den nächsten Freibadsaisons beobachtet und der bewirtschaftete Bereich bei Bedarf kurzfristig an die Belange des Freibades angepasst.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

3. Fortschreibung des Bauprogrammes 2010 - 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Straßen vom 20.03.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Bernhard erklärte ergänzend, dass man bei Großmaßnahmen das Bauprogramm immer an das Ergebnis der Haushaltsberatungen anpassen muss. Deshalb spricht man hier von der 3. Fortschreibung.

Ratsmitglied Herr Lerch fragte nach dem aktuellen Sachstand bei der Verbindungsstraße Impflingen Mörzheim.

Herr Bernhard informierte, dass die Maßnahme als dritthöchste Priorität beim Kreisstraßenprogramm eingestuft wurde und in der langfristigen Finanzplanung für 2016/2017 Gelder dafür eingestellt wurden. Ein Termin für einen Ausbau ist jedoch noch nicht bekannt.

Der Bauausschuss beschloss einstimmig nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Dem fortgeschriebenen Bauprogramm 2010 – 2013 (Prioritätenliste) wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

10. Ergänzung des Bauprogramms 2010 - 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Straßen vom 16.04.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Bauausschuss beschloss einstimmig nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Das Bauprogramm 2010 - 2013 (Prioritätenliste) wird um die in der Vorlage genannten Einzelmaßnahmen ergänzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Erschließung des Bürgergrabens

Der Vorsitzende übergab bei diesem Thema das Wort direkt an Herrn Götz. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 22.03.2013, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er sagte, dass man im Rahmen der Erschließungsplanung für den Straßenausbau des Bürgergrabens zwei Varianten aufgestellt hatte. Zum einen eine Asphaltbauweise und zum anderen eine Pflasterbefestigung. Neben dem gestalterischen Vorteil, hat die Pflasterbauweise auch noch den Vorteil, dass nachträgliche Hausanschlüsse ohne Schaden am Belag ausgeführt werden können. Außerdem ist sie kostengünstiger. Aus diesen Gründen schlägt die Verwaltung Variante 2 vor.

Ratsmitglied Herr Eisold fragte, ob dadurch eine höhere Lärmbelastung entstehen könnte.

Herr Götz verneinte dies. Man habe dort ein sehr geringes Verkehrsaufkommen und eine Verkehrsberuhigte Zone („Spielstraße“).

Ratsmitglied Herr Heuberger fragte, ob LKW's diesen Weg auch nutzen.

Herr Götz bestätigte, dass LKW's, wie zum Beispiel Müllautos, ebenfalls in diese Straße einfahren und dank dem Wendehammer dort auch wieder ausfahren können.

Ratsmitglied Herr Marquardt teilte mit, dass er sich bei diesem Beschluss enthalten werde, da die UBFL bereits bei der Aufstellung des Bebauungsplanes „zum Bürgergraben“ dagegen war. Die Pflasterung an sich hält er jedoch für eine sinnvolle Sache.

Der Bauausschuss beschloss einstimmig, bei einer Enthaltung, nachgenannten Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Erschließung des Bürgergrabens nach Variante 2 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verschiedenes

Ausbau der Gerber- und Kronstraße

Ratsmitglied Herr Zandonella sprach zunächst ein großes Lob an Herrn Bernhard und sein Team aus. Die Arbeiten in der Fußgängerzone laufen vorbildlich. Er wies jedoch auf den kurzzeitigen Engpass der Steine hin und wollte wissen, ob dies nochmals auftreten könnte. Außerdem fragte er, ob schon entschieden wäre, ob die Seitengassen auch saniert werden.

Herr Bernhard erklärte, dass eine verzögerte Nachlieferung der Pflastersteine aus Portugal zu einer kurzzeitigen Verzögerung geführt hat. Er könne leider auch keine Garantie geben, dass es nicht nochmals zu einem Engpass kommt. Noch seien nicht alle Pflastersteine da. Die schwarzen Pflastersteine für die Randeinfassung werden im Mai komplett angeliefert. Ob die Seitengassen auch saniert werden können, wird sich nach einer Kostenzusammenstellung in der zweiten Jahreshälfte entscheiden.

Großbaustelle im Bereich der Finkenstraße 38

Ratsmitglied Herr Maquardt informierte, dass man aufgrund der Großbaustelle im Bereich der Finkenstraße 38, die Zufahrt zur Finkenstraße 36 aus Verkehrssicherungsgründen gesperrt hat. Mit der Folge, dass für die Anwohner dort ca. 20-25 Stellplätze weggefallen sind. Er wollte nun wissen, ob es möglich wäre diesen Anwohnern, zeitlich befristet, die Grünfläche am Ende der Finkenstraße als Parkfläche zur Verfügung zu stellen.

Herr Kamplade informierte, dass das Stadtbauamt ebenfalls diese Idee hatte. Die Anfrage wurde jedoch vom Umweltamt abgelehnt.

Anschlussstelle Landau – Mitte

Ratsmitglied Herr Lerch hatte die Bitte, die Baumaßnahme an der Anschlussstelle Landau-Mitte so schnell wie möglich fertig zu stellen. Damit der Verkehr schnellstmöglich wieder fließen kann.

Der Vorsitzende bestätigte diese Meinung. Man stehe in ständigen Kontakt mit dem LBM.

Ratsmitglied Herr Heuberger war verwundert, dass die Abfahrt Landau – Süd nicht noch zusätzlich als Umleitungsstrecke genannt wurde.

Herr Bernhard erklärte, dass bei einer offiziellen Umleitung über die Anschlussstelle Landau-Süd die Weißenburger Straße noch stärker belastet werden würde. Dies würde dort zu einem Verkehrskollaps führen.

Die Mitglieder des Bauausschusses nahmen diese Informationen zur Kenntnis.



Die Niederschrift über die 37. Sitzung des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 30.04.2013 umfasst Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis .

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Christoph Kamplade
Leitung Stadtbauamt

Schriftführerin

Marlen Müller